

Korrespondenten der *Chicago Herald Tribune* berichten im Frühjahr 1933 über die Judenverfolgung in Kassel*

Dietfrid Krause-Vilmar

In der Tat – zweimal berichtete die angesehene und weltweit verbreitete amerikanische Tageszeitung *Chicago Herald Tribune* – Ende März und Anfang April 1933 – über die antisemitischen Ausschreitungen in der Stadt Kassel. Es waren die Tage um den im ganzen Deutschen Reich von Naziseite am 1. April 1933 durchgeführten Boykott jüdischer Geschäfte und Firmen.

Die beiden Korrespondenten Edmond Taylor und Egbert Swanson waren nach Deutschland entsandt, um den Berichten über die Misshandlung und Bedrohung der Juden nachzugehen. Sie hatten sich zunächst in Frankfurt am Main niedergelassen und waren am 28. März nach Kassel gereist, weil sie von gewaltsamen antisemitischen Ausschreitungen in dieser Stadt erfahren hatten.

Am folgenden Tag, dem 29. März 1933, wurden sie vom Regierungspräsidenten Kurt von Monbart, seinem Vizepräsidenten Dr. jur. Kurt Jerschke und von dem Oberpräsidenten, Prinz Philipp von Hessen, persönlich empfangen. Rechtsanwalt Dr. Theodor Dellewie, der Vorsitzende des Kasseler Centralvereins¹, war ihrem Bericht zufolge nicht zu einem Gespräch mit ihnen bereit.

Von Interesse ist nicht nur die Berichterstattung der beiden Journalisten in der *Chicago Tribune*, auf die ich noch eingehen werde. Bemerkenswert ist auch ein Vorgang in den Akten des Marburger Staatsarchivs: dort sind nämlich Berichte über den Besuch der Korrespondenten aus der Sicht des Regierungspräsidenten erhalten:

– zum einen als Nachricht des Regierungspräsidenten an den Preußischen Innenminister H. Göring,

* Vortrag gehalten auf dem Symposium zu Ehren von Karl-Hermann Wegner in der Universität Kassel am 8. Juni 2001. Der Vortragscharakter wurde beibehalten.

Quellen und Literatur:

Chicago Daily Tribune Vol. XCII, Nr. 76, March 30, 1933. – *Chicago Sunday Tribune*, Vol. XCII, Nr. 78, April 2, 1933. – StA MR Bestand 165 Nr. 3982. (Regierungspräsident Kassel. Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) Band 10, S. 155 ff. An den Preußischen Minister des Innern vom 30. 3. 1933. Besprechung mit den nach Kassel entsandten Korrespondenten der „*Chicago Tribune foreign service*“. – Wolfgang PRINZ: Die Judenverfolgung in Kassel, in: *Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Band 2: Studien.* Fuldabrück 1987, S. 144 ff., bes. S. 168 ff.

1 Dem „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, 1893 in Berlin gegründet, gehörten ca. 300.000 Mitglieder (1926) an. Seine Hauptaufgabe sah er in der politischen Bekämpfung des Antisemitismus. § 1 der Satzung bestimmte als Zweck, „die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrbareren Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken“, vgl. *Jüdisches Lexikon*, begründet von Georg Herlitz und Bruno Kirschner, Band 1, 1927, S. 1299 ff.

– zum anderen als mehrseitiger maschinenschriftlicher Aktenvermerk des Regierungsvizepräsidenten über das Gespräch mit den Korrespondenten. Auf ihn möchte ich im folgenden näher eingehen.

I.

Zuvor jedoch zum Bericht von Monbarts an Göring. Darin heißt es u. a.: „Ihrem weiteren Wunsch entsprechend wurden die Herren sodann am 29. des Monats von mir empfangen, wobei auf meine Benachrichtigung der Gauleitung der NSDAP sowie der Generalinspektion der SA und SS auch der Leiter der letzteren, Herr Oberstleutnant a. D. Kurt von Ulrich, zugegen war.“

Die Benachrichtigung und Einladung der NSDAP, SA und SS durch den Regierungspräsidenten – mithin jener Partei und der ihr zugeordneten bewaffneten Formationen, die den antisemitischen Terror in letzter Instanz zu verantworten hatten, – verdeutlicht bereits das ‚Einknicken‘ des Rechtsstaates gegenüber dem Machtanspruch einer politischen Partei. Entsprechend war auch der Tenor der Darstellung von Monbarts: „Auf ihre verschiedenen Fragen wurden die Herren von mir darauf hingewiesen, daß von irgendwelchen Bedrohungen und Belästigungen der jüdischen Bevölkerung nicht die Rede sein könnte. In der Stadt Kassel und in dem ganzen Regierungsbezirk herrschten vollkommene Ruhe und Ordnung. [...] Ein eigenmächtiges Vorgehen der SA oder SS sei nach den strengen Weisungen der mit der staatlichen Verwaltung im engsten Einvernehmen stehenden obersten SA- und SS-Leitung ausgeschlossen“.

Ähnlich habe sich dem Bericht von Monbarts zufolge der Oberpräsident Prinz Philipp von Hessen geäußert: „Ich [i. e. von Monbart] begab mich sodann mit Herrn Taylor zum Oberpräsidenten. Dieser wies auch seinerseits darauf hin, daß in der Stadt Kassel und in der ganzen Provinz Ruhe und Ordnung herrsche und auch die Juden vollkommen unbehelligt blieben“.

Dies war die Unwahrheit, wie dem Regierungspräsidenten und dem Oberpräsidenten bekannt gewesen sein konnte.

Folgende antisemitischen Exzesse, die dem Regierungspräsidenten vom Vorsitzenden des Kasseler Centralvereins regelmäßig gemeldet worden waren², hatten seit der Machtergreifung in der Stadt Kassel – im Regierungsbezirk waren es ungleich mehr – stattgefunden:

1. Die beleidigende und herabsetzende antisemitische Propaganda hatte sich seit dem 30. Januar 1933 auch in Kassel intensiviert: In der „Hessischen Volkswacht“ (NSDAP) waren zwischen Februar und April 1933 50 antisemitische Hetzartikel erschienen. In vielen dieser Artikel wurden bei voller Nennung des Namens deutsche Juden aus Kassel und den umliegenden Gemeinden diffamiert und angeprangert.
2. Am 9. März 1933 kam es zu einem umfangreichen Boykott jüdischer Geschäfte – ein erstes Vorspiel der Arisierung jüdischen Eigentums in Kassel: SA-Posten vor Geschäften, Fotografieren von Menschen, die diese betreten, „Ansammlung bedrohlicher Menschenmassen vor den Geschäften“. Am

² Vgl. StA MR Bestand 165 Nr. 3982.

Nachmittag des 9. März mussten die jüdischen Inhaber ihre Geschäfte schließen.

3. Am 12. März wurden die Scheiben mehrerer jüdischer Geschäfte in der Stadt eingeworfen.
4. Am 15. März 1933 erklärte Gauleiter Karl Weinrich u. a. öffentlich folgendes: „Die rassejüdischen Blutsauger sollen sich gesagt sein lassen, daß in Deutschland eine nationale Revolution stattgefunden hat und daß die nationalsozialistischen Träger dieser Revolution mit den allerschärfsten Mitteln die Ausplünderung des Bauern und des gewerblichen Mittelstandes verhindern und soweit erfaßbar das Vermögen der jüdischen Blutsauger für die den deutschen werktätigen Schichten unrechtmäßig zugefügten Schäden haftbar machen werden. Wir sind nicht in Palästina, sondern in Deutschland.“ Dies konnte als Freibrief für gewaltsame Ausschreitungen verstanden werden.
5. Am 24. und 25. März erreichten die antisemitischen Ausschreitungen einen ersten Höhepunkt. An diesen Tagen verhafteten SA-Trupps Kasseler Juden, brachten sie in ihr „Stammlokal“, die „Bürgersäle“, und hielten dort eine Art „Standgericht“ ab. Zusammen mit anderen wurden die jüdischen Kaufleute Heinrich Ball, Feuerstein und Strauss, der Bankier Josef Plaut und die Rechtsanwälte Dr. Max Plaut und Julius Dalberg geschlagen und misshandelt. Ball, Strauss und Dalberg wurden schwer verletzt. Max Plaut starb an den Folgen der Misshandlungen am 31. März 1933.

Zurück zur Darstellung des Kasseler Regierungspräsidenten. In seinem Bericht an Göring drehte er abschließend den Spieß um: „Ferner habe die im Ausland betriebene, vollkommen erfundene Greuelpropaganda eine erhöhte Erbitterung gegen die inländische Judenschaft hervorgerufen, weil man sie für die Verbreitung der Greuelmärchen mitverantwortlich mache. Es wäre sehr dankenswert und läge auch im Interesse der inländischen Juden, wenn die ausländische Presse auf Grund eigener Beobachtungen die Greuelnachrichten als frei erfundene Lügen feststellte und dieser Propaganda entgegenträte.“

Die Beschreibung der Lage der deutschen Juden in Kassel durch die beiden regierenden preußischen Spitzenbeamten lässt sich wie folgt zusammenfassen:

In der Provinz Hessen-Nassau, im Regierungsbezirk Kassel und in der Stadt Kassel herrsche Ruhe und Ordnung. Die deutschen Juden seien weder behelligt noch bedroht. Ausländische Zeitungen verbreiteten Lügen und Greuelmärchen, die von deutschen Juden mit zu verantworten seien.

Das Kasseler Regierungspräsidium erhoffte sich im übrigen von seiner propagandistischen Darstellung der Lage eine günstige Wirkung auf die Berichterstattung in den USA. Herr Taylor „versprach, die Zeitung nach seinem Reisebericht hierher einsenden zu wollen. Nach seinen verschiedenen Äußerungen möchte ich annehmen, daß dieser Bericht aufklärend und beruhigend ausfallen wird“, schloss von Monbart seinen Bericht an Göring ab. Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen.

II.

Nun zum erwähnten Aktenvermerk des Regierungsvizepräsidenten Jerschke über das Gespräch mit den beiden Korrespondenten der Chicago Tribune. Dieser Aktenvermerk umfasst sechs Schreibmaschinenseiten und trägt den Charakter

eines Wortprotokolls. Taylor trug zunächst folgendes vor: „Es wird in der ausländischen Presse mancherlei über Ausschreitungen in Deutschland erzählt. Es ist im Ausland schwer, die Wahrheit genau festzustellen. Unser Chef in Chicago hat uns infolgedessen gekabelt, wir möchten uns in Deutschland an Ort und Stelle einmal selber informieren. Man hat uns in Frankfurt/M. viel über Bedrohungen von Juden in Kassel erzählt. Bekannt seien 40-50 Fälle von Mißhandlungen. Die Polizei unternähme nichts dagegen. Können wir erfahren, wie es um diese Dinge in Wahrheit steht?“

Der Regierungsvizepräsident stellte in seiner ersten Antwort „etwaige Auswüchse der Erregung der nationalen Bevölkerung“ als ausschließlich gegen die Kommunisten gerichtet dar: „Nur die, die in Verbindung mit der kommunistischen Partei waren, sind festgenommen worden.“

Tatsächlich war diese Aussage falsch. Zwar waren zahlreiche Kommunisten in Schutzhaft genommen worden. Unzutreffend war jedoch die Behauptung, dass deutsche Juden in Kassel nur, sofern sie Kommunisten waren oder der KPD nahe standen, verfolgt oder misshandelt worden waren. Keiner der erwähnten misshandelten Kasseler Juden hatte mit der KPD irgendetwas zu tun gehabt.

Der Regierungsvizepräsident weiter: „Meine Herren, gehen Sie im übrigen durch die großen Geschäftsstraßen Kassels, wo sehr viele jüdische Geschäfte sind. Alle diese Geschäfte sind offen, kein Gewaltakt ist gegen sie unternommen, der Betrieb dieser Geschäfte ist in vollem Gang. Den Inhabern ist nichts geschehen. [...] Sie werden sehen, daß das Kasseler Leben in aller Ruhe sich abwickelt“.

Es finden sich in dem Aktenvermerk mehrere kritische Fragen der Korrespondenten, die auf die erwähnten Misshandlungen in den Bürgersälen abspielten; es ist daher davon auszugehen, dass die beiden Journalisten hierüber Informationen erhalten hatten. Folgende Fragen stellten sie an die Kasseler Regierung:

„Wir haben in den Straßen der Stadt Kassel Nationalsozialisten in Uniform und mit Waffen gesehen. Dürfen diese Leute etwa Personen verhaften?“

„Wieviele Fälle von eigenmächtigen Festnahmen von Juden durch die Nationalsozialisten sind bekannt?“

Sind die festgenommenen Juden geprügelt worden?“

„Wieviele Juden wurden insgesamt verhaftet?“

„Können Sie sich, Herr Vizepräsident, erklären, warum Herr Dr. Dellevie uns nicht empfangen hat?“

III.

Nun zur Berichterstattung in der Chicago Tribune: In zwei Ausgaben finden sich Berichte zu Kassel: einmal in der Ausgabe vom 30. März 1933 und in derjenigen vom 2. April 1933.

Mich hat nun interessiert: Haben die entstellenden Berichte der Kasseler Behördenchefs Wirkungen gezeitigt? Ist ihre gezielte Desorientierung in die Berichterstattung eingeflossen? Oder haben sich die beiden Korrespondenten den Blick nicht trüben lassen? Ihre Berichte lauten:

Gewalt in Kassel

In Kassel, Hessens [gemeint: Provinz Hessen-Nassau] Hauptstadt, wohin ich ging, um den anhaltenden antijüdischen Ausschreitungen, von denen berichtet

wurde, nachzuforschen, lehnte der Vorsitzende [Dr. Theodor Dellevie] der Schutzvereinigung [gemeint ist der „Centralverein der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens“] es sogar ab, mich überhaupt zu empfangen. Es war unmöglich, auch nur eine einzige kritische Stimme zu finden, die zum Sprechen bereit gewesen wäre. Durch Hinweise jedoch in der Lokalpresse und durch Einverständnisse offizieller Stellen erfuhr ich, dass die Verfolgung der Juden in dieser Stadt durch Gewalt gekennzeichnet war.

Erstens räumten die Verantwortlichen ein, dass einige Juden, deren Namen auf einer Liste von Beitragszahlern an die Kommunistische Partei entdeckt waren, von Banden nicht autorisierter Nazis rechtswidrig inhaftiert und misshandelt wurden.

Es gab keine Anhaltspunkte für eine umfassende Belästigung jüdischer Geschäfte – tatsächlich hatten diejenigen, die ich sah, geöffnet und der Geschäftsbetrieb verlief normal. Allerdings ergab eine sorgfältige Durchsicht der Lokalzeitungen eine ziemlich große Zahl von einzelnen Vorfällen, bei denen brutale Schläger einzelne Juden misshandelt oder zu erpressen versucht haben. In mehreren Fällen wurde über Erpressung oder versuchte Erpressung berichtet.

Persönliche Rachgelüste verantwortlich

Die Unruhen von Kassel scheinen nicht von den Nazis, sondern von einzelnen Personen auszugehen, die die revolutionäre Situation ausnutzen, um alte Rechnungen zu begleichen oder einfach um Verbrechen zu begehen. Es ist offensichtlich, dass die Juden im Wirtschaftsleben dieser Stadt eine herausragende Rolle spielen. Nahezu jedes bedeutende Kaufhaus wurde mir als jüdisch bedeutet. Offensichtlich haben christliche Geschäftsleute bestimmte unmittelbare Vorteile von einem Boykott zu erwarten.³

3 Chicago Daily Tribune. March 30, 1933: „Finds Violence in Kassel.“

In Kassel, the Hessian capital, where I went to investigate a reported continuance of anti-Jewish disturbances, the head of the local Jewish protective society refused even to see me. It was impossible to find any opposition source willing to talk, but from leaks in the local press and admissions by officials I learned that Jewish persecution was marked by violence in this place.

For one thing, the authorities admitted that several Jews whose names had been found in a list of contributors to the communist party fund had been illegally arrested and beaten by bands of unauthorized Nazis.

There was no evidence of wholesale molestation of Jewish shops - in fact, every one I saw was open and doing business as usual, but a perusal of the local papers revealed a sizable list of isolate incidents in which ruffians had beaten or tried to black mail individual Jews. In several cases extortion or attempted extortion were reported.

Blame Personal Ill Feeling

The Kassel troubles do not appear to have been fomented by the Nazis but by private individuals taking advantage of the revolutionary situation to settle old scores or commit simple felonies. It is significant that Jews hold an outstanding place in the commercial life of this town. Nearly every important looking store was pointed out to me as Jewish, and obviously Christian shopkeepers have certain immediate advantages to gain from a boycott.“

Stacheldraht-Lager errichtet

In Kassel wurde in einer der Hauptstraßen, so berichten lokale Zeitungen, ein provisorisches mit Stacheldraht umzäuntes Konzentrationslager errichtet, um Leute „einzusperren“, die dabei aufgegriffen wurden, wie sie während des Boykotts jüdische Geschäfte betreten.⁴

IV.

Mit drei allgemeinen Bemerkungen möchte ich schließen:

1. Die unwahre Darstellung des Kasseler Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten hat – wenn auch nur außerhalb des Deutschen Reiches – keine Fortsetzung gefunden. Die amerikanischen Journalisten hielten an den Prinzipien einer kritischen und wahrheitsgetreuen Berichterstattung fest. Die Propagandabemühungen des Totalitarismus fanden hier eine deutliche Grenze. Unvorstellbar, wenn die Misshandlung der verfolgten Menschen sozusagen in der ganzen Welt abgestritten, verharmlost oder ihnen selbst in die Schuhe geschoben worden wäre.
2. Unter dem Aspekt der historischen Machtdurchsetzung des Nationalsozialismus zeigt dieser Vorgang, wenn wir ihn richtig deuten, dass bereits im Frühjahr 1933 traditionelle Regierungsvertreter sich zu Werkzeugen einer politischen Partei degradiert haben, da sie nicht mehr zwischen Wahrheit und Unwahrheit, zwischen Recht und Unrecht unterschieden. Hier wären für künftige Gefährdungen des demokratischen Rechtsstaates andere Bastionen rechtlich und demokratisch gefestigter Haltungen zu errichten als es damals offenbar der Fall war.
3. Die Presse in anderen Staaten (USA, Frankreich, Großbritannien z. B.) zum deutschen NS-Staat ist bislang viel zu wenig beachtet worden. Dies gilt nicht nur für die Frühzeit (den ganzen April hindurch berichtete die Chicago Tribune übrigens täglich über die Judenverfolgung in Deutschland, besonders in den größeren Städten wie Frankfurt a. M., München und Berlin), sondern in gleicher Weise für die Kriegszeit, z. B. für die Berichterstattung über die KZ und die Vernichtungslager Auschwitz, Treblinka und Sobibor. Es finden sich in der unabhängig gebliebenen Presse des Auslandes eingehende Korrespondentenberichte, Meldungen über Ereignisse und auch Bilder von beträchtlichem Aussagewert. Der „fremde Blick“ kann neue Perspektiven eröffnen. Er ist künftig – selbst bei lokalen Studien und Forschungen – systematisch einzubeziehen. In unserem Beispiel fällt dank der beiden Korrespondenten aus den USA ein kritischer Blick auf die Politik des Kasseler Regierungspräsidenten – vom fernen Chicago aus, vom Michigansee, vom Blues, aus einer anderen Welt.

4 Chicago Sunday Tribune, April 2, 1933: „Erected Barbed Wire Camp. At Kassel according to local papers a temporary barbed wire concentration camp was erected in one of the main streets to ‘imprison’ persons caught entering Jewish stores during the boycott.“